

Bürgermeister Dr. Storch geht zum Einstieg noch einmal auf die Begründung in der Verwaltungsvorlage ein und macht deutlich, warum die von der Verwaltung favorisierte Variante 3 am sinnvollsten erscheint.

Frau Zorlu geht auf die alarmierende Kinder- und Jugendarmut ein, die im kreisweiten Vergleich in Eitorf sehr hoch sei. Die Schulsozialarbeit biete die Möglichkeit, den Elternhäusern Unterstützung zukommen zu lassen und präventiv tätig zu werden. Die Schulsozialarbeit sei eine Investition in die Zukunft Eitorfs. Allerdings vertrete die SPD-Fraktion die Meinung, die Schulsozialarbeitsstunden nicht zu reduzieren. Vielmehr beantrage man, den Beschlussvorschlag abzuändern und gemäß Variante 1 173,5 Stunden bereitzustellen und die Förderanträge dementsprechend zu stellen.

Herr Kolf stellt für die CDU-Fraktion klar, dass man nicht gegen Schulsozialarbeit sei. Die unterschiedlichen Varianten zeigten zwar keine alternativen Finanzierungsmöglichkeiten auf, machten aber doch deutlich, dass Bewegung in die Thematik gelangt sei und man nicht stur an etwas festhalte, was nicht zu finanzieren sei. Insofern könne man sich der Variante 3 anschließen und werde dieser auch zustimmen. So vermeide man auch eine Erhöhung der Grundsteuer B um 15 %, sondern lediglich um 9 %. Mit Blick auf Lösungen über 2019 hinaus solle man auch die Kontakte zum Land nutzen.

Herr Meeser erklärt, dass die BfE-Fraktion der Variante 1 zustimmen würde, alleine aus den in der Vorlage dargelegten Gründen. In der Schulausschuss-Sitzung im März hätten ihm die Schulleiter bestätigt, dass die genannten 4,4 Stellen notwendig seien. Die Finanzierung könne nun gesichert werden. Verlasse man das HSK, würden sich ggf. weitere Finanzierungsmöglichkeiten auftun, wobei man hoffe, dass Land oder Bund einspringen. Spare man hier, würden die betroffenen Kinder leiden und nicht diejenigen, die rund 15 Euro im Jahr mehr an Grundsteuer aufbringen müssten.

Herr Utsch lobt die Verwaltungsvorlage bis einschließlich Punkt 6. Am Punkt 7 komme ein Bruch, und die genannten Stundenzahlen seien nicht ganz so schlüssig nachvollziehbar, so dass die einzelnen Varianten ein wenig „freischwebend in der Luft“ seien. Man hoffe, dass es zutreffe, dass der unter Variante 3 genannte Mindestbedarf mit allen Beteiligten abgesprochen und abgewogen wurde. Wichtig sei zudem, dass die Arbeit an allen Schulen durchgeführt werde, ohne die Bildung von Schwerpunkten. Unter diesen Voraussetzungen sei auch die FDP-Fraktion für die Variante 3.

Frau Vetter ergänzt, dass man als Quotienten die Schülerzahlen und nicht die Armutszahlen herangezogen habe, um die Stundenanteile der einzelnen Schulen abzubilden. Die Rechenmodelle seien im Grunde aus den praktischen Gegebenheiten entstanden – angefangen vom seinerzeitigen Anfangsstand bis zum jetzigen Ist-Zustand, nachdem Kollegen bzw. Kolleginnen ausgeschieden oder verstorben seien. Man habe die gesamte Thematik mit allen Schulleitern und Sozialarbeitern gesprochen. Alle hätten signalisiert, dass weiter Handlungsbedarf bestehe und man sich auf eine Variante einlassen könne, die das Ziel verfolge, sowohl an den Grundschulverbänden als auch an den weiterführenden Schulen jeweils Schulsozialarbeiter zu halten. Dies solle mit einem Stundenanteil „X“ umgesetzt werden. Daraus sei der Verwaltungsvorschlag resultiert.

Herr Trendelkamp erklärt, dass auch die Fraktion der Grünen die Variante 1 favorisiere. Es sei bekannt, dass Armut und Bildungsstatus in Korrelation zueinander ständen.

Herr Thienel gibt zu bedenken, dass man ggf. zu einem späteren Zeitpunkt gegenüber dem Fördergeber Argumentationsschwierigkeiten habe, wenn man nun abspecke und später wieder einen höheren Stellenanteil gefördert haben möchte.

Der Bürgermeister und Herr Kolf halten dies für Spekulation, die keine Basis zur Entscheidungsfindung sein könne.

Herr Meeser bezieht sich auf die hohe Priorität von Jugendarbeit und Schule in Eitorf. Eine feste Richtung sei tatsächlich aber nicht erkennbar. Vielmehr handele man so, dass man dies „gerade so hin“ bekomme. Tatsächlich sei innerlich ein solches Leitbild nicht gefestigt.

Auf Nachfrage von Herrn Strausfeld bestätigt Frau Vetter, dass der Lösungsvorschlag gem. Variante 3 mit den Schulleitungen abgestimmt sei.

Frau Zorlu erklärt, dass seitens der Schulleiter bestätigt wurde, dass man die 4,4 Stellen auch benötigt würden. Es könne nicht sein, dass Schulsozialarbeiter in der Sekundarschule Aufgaben der Sekretärin erfüllen. Nachdem der Bürgermeister erklärt, dass er dies nicht bestätigen könne, bittet Frau Zorlu, das zu prüfen.

Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der Bürgermeister das Ende der Debatte fest und erläutert das Abstimmungsverfahren. Der SPD-Antrag sei der weitestgehende und somit lasse er zunächst darüber abstimmen. Komme dieser Antrag nicht zum Tragen, werde über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt. Werde auch dieser abgelehnt, müsse man sehen, wie es weitergeht. In dem Falle habe man möglicherweise dann keine Schulsozialarbeit mehr. Auf Frage des Bürgermeisters nach dem Verfahren ergeben sich keine Fragen.

Herr Hubert bittet, die Sitzung zu unterbrechen, um die Schulleiter anzuhören. Der Bürgermeister stellt klar, dass die Debatte beendet ist und man sich in der Abstimmung befinde.

Im Anschluss ruft er im Sinne des dargestellten Verfahrens zur Abstimmung auf.